

Gesetzentwurf zum Ausbau von Staatszielen in der Thüringer Verfassung

In einer Presseerklärung mit dem Titel „Stärkung des Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus“ hat Anja Müller, Sprecherin für Verfassung, Petition und Demokratie der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, am 20. August 2020 folgendes erklärt:

„Die LINKE-Fraktion hat zusammen mit ihren Koalitionspartnern einen umfangreichen Gesetzentwurf zum Ausbau von Staatszielen in der Thüringer Verfassung eingereicht. „Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen beinhaltet die rot-rot-grüne Gesetzesinitiative eine ausdrückliche und rechtsverbindliche Verpflichtung zum Engagement gegen Faschismus/Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus. Dieses neue Staatsziel soll Ausgangspunkt für wirksamere Maßnahmen gegen den anwachsenden Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sein.“

Müller unterstreicht, dass die Aufnahme des neuen Staatsziels in Artikel 1 der Thüringer Verfassung verknüpft sei mit der Menschenwürdegarantie, die im selben Artikel steht. Bei Schaffung des Grundgesetzes und der Thüringer Landesverfassung ist dem Schutz der Menschenwürde der höchste Stellenwert gegeben worden. Die Menschenwürdegarantie ist inhaltliches „Gegenprogramm“ zum Faschismus und seinen Verbrechen. Auch der Grundrechtskatalog am Anfang der Thüringer Verfassung gehört zu diesem „Gegenprogramm“. Das Bundesverfassungsgericht betont in seinen Entscheidungen immer wieder, dass das Grundgesetz, aber auch die Länderverfassungen eine „positive Werteordnung“ darstellen, die in Staat und Gesellschaft umzusetzen ist. Müller betont: „Damit ist klar: Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus, die z.B. die Gleichheit und das Recht auf gleiche Teilhabe aller Menschen leugnen, sind nicht Teil der positiven Werteordnung des Grundgesetzes und der Länderverfassungen.“ Staatsziele sind wichtige gesellschaftspolitische Gestaltungsinstrumente in einer Lan-

desverfassung: „Sie sind rechtlich verbindliche Handlungsverpflichtungen für alle staatlichen Akteure auf allen Ebenen – bis in die Kommunen vor Ort. Was sie regeln, das wird zur Pflichtaufgabe.“ Staatsziele verpflichten zu einer Vielzahl konkreter Umsetzungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die finanziell abgesichert werden müssen. Für das neue Staatsziel in Artikel 1 heißt das, dass z.B. bürgerschaftliches Engagement gegen rechts und interkultureller Dialog vor Ort verlässlich unterstützt werden. Es heißt aber z.B. auch, dass Lehrplaninhalte und Lernmaterialien für Schulen entsprechend gestaltet werden. Zudem können staatliche Stellen wirksamer gegen Hetze, Hass und Menschenfeindlichkeit vorgehen. „Die LINKE fordert schon lange die Aufnahme eines solchen Staatsziels. Interessanterweise wurde vor kurzem in Sachsen-Anhalt – unter Mithilfe der CDU-Fraktion – eine vergleichbare Regelung in die dortige Landesverfassung aufgenommen“, so LINKE-Abgeordnete Müller.

In einer ergänzenden Pressemitteilung vom 26. August erklärt sie:

„Die von der CDU vorgeschlagene Extremismus-Klausel ist eine unverantwortliche Verharmlosung des Rechtsextremismus als Gefahr für die Demokratie und das friedliche pluralistische Zusammenleben der Gesellschaft. Seit dem Jahr 2000 zeigt z.B. der Thüringen-Monitor Jahr für Jahr die wachsende Gefährdung der Demokratie durch den Rechtsextremismus auf. Dabei darf auch nicht vergessen werden: Der Thüringen-Monitor ist als politische Analyse in Reaktion auf einen von Rechtsextremen verübten Anschlag auf die Erfurter Synagoge am 20. April 2000 entstanden. Seitdem haben die Übergriffe und das Gewaltpotential noch erheblich zugenommen. Im Jahr 2011 wurde die rechtsextreme Terrorgruppe NSU bekannt samt ihrer zahlreichen brutalen Morde an Migrant*innen. Der NSU hat seinen Ursprung in Thüringen. Allein schon wegen dieser Tatsachen – und es gibt noch einige mehr, die in diesem Zu-

sammenhang zu nennen wären, brauchen wir in der Thüringer Verfassung keine Extremismus-Klausel, sondern eine klare umfassende Verpflichtung für staatliches und gesellschaftliches Engagement gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus in Thüringen und darüber hinaus.“

Was in Sachsen-Anhalt möglich ist

Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass in Thüringen der Antifaschismus nicht als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden kann. Diese Feststellung betrifft auch unser Grundgesetz. In der sachsen-anhaltinischen Landesverfassung wird im Abschnitt III Staatsziele im Artikel 37a bestimmt: „Nichtverbreitung nationalsozialistischen, rassistischen und antisemitischen Gedankenguts Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, die Verherrlichung des national-sozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen.“

Das ist eine Staatszielbestimmung, die der Verantwortung von Staat, Gesellschaft und BürgerInnen vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung und der aktuellen Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch den Rechtsextremismus gerecht wird. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass diese Staatszielformulierung die Verpflichtung zum Kampf gegen jede Form des Rassismus impliziert. Die Unversöhnlichkeit gegen jedweden Rassismus und gegen den Antisemitismus ist das, was Demokraten eint. Anders ist eine demokratische, pluralistische Gesellschaft undenkbar.

– EBE –

Gesprächsfaden nicht abreißen lassen

Genosse Philipp Weltzien, MdL, erklärt zu den offenen Fragen zur Zukunft des ÖPNV folgendes:

„In den vergangenen Tagen wurde viel Staub aufgewirbelt, nicht nur bezüglich der weiteren Ausgestaltung des ÖPNV in unserer Region, sondern auch von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Stadt Suhl und dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen.“

Bei allen rechtlichen und persönlichen Differenzen darf der Gesprächsfaden auf der jetzigen Arbeitsebene aber nicht abreißen“,

so der Landtagsabgeordnete. Dafür sei das Thema für die Bürgerinnen und Bürger viel zu wichtig. „Sie brauchen einen funktionierenden Busverkehr, für juristische Winkelzüge haben sie zunehmend kein Verständnis mehr.“

SNG-Aufsichtsrätin Ilona Burandt meint ergänzend: „Es laufen seit geraumer Zeit intensive Gespräche zwischen der SNG und der MBB, die eine engere Zusammenarbeit der beiden Gesellschaften zum Inhalt haben. Das betrifft u.a. eine bessere Taktgestaltung, die Verein-

heitlichung der Tarife und natürlich die Beibehaltung der Linie Suhl-Zella-Mehlis.“

Seine Vision sei, so Weltzien, in Südthüringen einen ÖPNV zu gestalten, der geprägt ist von einem gemeinsamen Verkehrsunternehmen, das letztendlich in einem Verkehrsverbund Mittelthüringen seine Zukunft hat. „Zukunftsfähiger ÖPNV darf nicht an Landkreisgrenzen Halt machen - das bedeutet im Grundsatz auch, sich solidarisch an einer entsprechenden Finanzierung zu beteiligen“.

Mehr Bürgerbeteiligung – Grundanliegen linker Kommunalpolitik

Zum Tag der Bürgerbeteiligung (18. August) erklärte die Landesvorsitzende unserer Partei DIE LINKE Susanne Hennig-Wellsow:

„Um die Akzeptanz für unser demokratisches Miteinander zu stärken, müssen wir allen Menschen über Bürgerentscheide und Volksbegehren die Möglichkeit geben, sich niedrigschwellig an den politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Es gilt die Bereiche der Mitsprache u. a. auf Schulen und Betriebe der öffentlichen Hand auszudehnen. Denn über die Maßnahmen und Beschlüsse von Gesellschaft und staatlicher Hand müssen diejenigen entscheiden, die davon betroffen sind“, so Hennig-Wellsow.

„Von der Partizipation darf niemand ausgeschlossen sein. Deshalb müssen wir, neben der Absenkung des Wahlalters, auch über das Mitspracherecht derjenigen reden, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Bisher sind diese Menschen allein auf den „goodwill“ von Verwaltung und Mandatsträgern angewiesen und müssen darauf hoffen, dass ihre Interessen in Stellvertretung Gehör finden.“

Diese Forderungen linker Politik beinhalten, dass die Mitsprache der

Bürgerinnen und Bürger vor Ort gestärkt werden muss. Dem trägt das Wahlprogramm unseres Stadtverbandes (Beschluss der Mitgliederversammlung vom 16.3.2019) für die letzte Stadtratswahl Rechnung, in dem gefordert wird: „Der Dialog mit den Bürgern - vor allem in konkreten Sachfragen - muss verstärkt werden. Nötig ist mehr Transparenz bei der Vorbereitung und Umsetzung von Beschlüssen. Beiräte sind dazu ein wichtiges Mittel. Bestimmte Aufgaben können somit auf eine breitere Basis gestellt werden und es entsteht eine engere Verbundenheit mit den betroffenen Bürgern, wie es die Erfahrungen des Seniorenbeirats, des Behindertenbeirats und des Gleichstellungsbeirats zeigen. Gleiches betrifft die Wohngebietsbeiräte und Ortschaftsräte. Auch mit den neu hinzugekommenen Ortschaften muss diese Zusammenarbeit fortgesetzt werden. DIE LINKE setzt sich für Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide ein, wenn es um grundlegende Fragen des kommunalen und regionalen Zusammenlebens geht.“

Abgesehen davon, dass wir uns im Lichte neuerer Entwicklungen fragen sollten, ob dieser Punkt „Demokratie und Mitbestimmung. Suhl – eine Stadt für alle“ nicht an die 10.

(und letzte) Stelle unseres kommunalpolitischen Programms, sondern in die Präambel gehört, müssen wir uns ständig fragen, ob wir gewillt sind, um die Durchsetzung dieser Forderungen in der täglichen kommunalpolitischen Praxis zu ringen. „Wofür geben wir das Geld aus, das uns zur Verfügung steht und was wollen wir in Zukunft fördern? All diese Fragen sind Gegenstand der offenen Diskussion mit den Bürger*innen“, heißt es wegweisend in der Präambel des Programms.

Ablehnung von Maßnahmen und Politikverdrossenheit entstehen dort, wo Steuergelder (Fördermittel sind auch Steuergelder!) dort ausgegeben werden, wo die Bürger nicht gefragt worden sind und wahrscheinlich auch über die Köpfe der örtlichen Gremien hinweg entschieden wurde. Mit ziemlicher Sicherheit würde nach einer Bürgerbefragung jetzt in Goldlauter nicht ein „Kindergartenweg“ gebaut, sondern das Geld an anderen Stellen (es gibt weiß Gott viele!) sinnvoll genutzt und nicht „verbuddelt“ werden.

Was wir als Stadtverband brauchen, sind regelmäßige Beratungen unserer StadträtInnen mit den BürgerInnen in den Ortsteilen und Wohngebieten.

– ECKHARD GRIEBEL –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgheschaefsstelle@die-linke-suhl.de | **IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen | **Redaktionsschluss** unserer Oktober-Ausgabe 2020 ist am 25.09.2020



Hier war bis jetzt ein schmaler Fußweg. Daraus wird nun der „Kindergartenweg“. Er soll 2,50 m breit werden, damit 2 Kinderwagen aneinander vorbei kommen. Auf Untergrund und Frostschutz werden 2 Asphaltschichten, insgesamt 11 cm hoch aufgetragen. Der Kindergarten ist bereits seit vielen Jahren über eine asphaltierte Straße erschlossen. Foto: E. Griebel

Endlich wieder spannende Diskussionen

Nach monatelanger Abstinenz konnten wir in der 35. Woche gleich zwei spannende Diskussionen erleben, deren Inhalt hier nur ansatzweise wiedergegeben werden kann.

Am 25. August fand eine MV der Basisorganisation Nordost statt. Einleitend sprach Ina Leukefeld, Vorsitzende unseres Stadtverbandes, unter der Fragestellung „Wo stehen wir, wo wollen wir hin?“ über die Situation unserer Partei und aktuelle Entwicklungen im Bund, im Land und in unserer Stadt. Natürlicherweise interessiert dabei besonders, wie auf dem Erfurter Parteitag (30.10. bis 01.11.2020) die Frage geklärt wird, wer die Partei künftig als Vorsitzende führen wird. Obwohl die Erklärungen von Katja Kipping und Bernd Riexinger noch nicht vorlagen, zeichnete es sich ab, dass beide nicht wieder antreten würden. Ina wies darauf hin, dass es zu Fragen der künftigen Strategie unserer Partei verschiedene Positionspapiere gibt (die aber über die Website der Partei z.Zt. noch nicht abrufbar sind). Die generelle Frage unserer Bundespolitik ist: Wollen wir eine Regierungsbeilegung, ein Mitregieren anstreben oder nicht? Diese Frage stand dann auch im Mittelpunkt der Diskussion, in der Aspekte dafür und dagegen kontrovers ausgetauscht wurden.

Bezüglich der weiteren Entwicklung in Thüringen stand im Mittelpunkt, dass die gegenwärtige Situation durch eine Neuwahl des Landtages im April 2021 geklärt wer-

den muss, wobei unsere Aussichten sehr gut sind. Ziel kann nur sein, erneut stärkste Kraft zu werden und die Koalition fortzusetzen. Themen wie solidarische Auswege aus der Krise, mehr soziale Gerechtigkeit, moderne Bildungspolitik, Familienpolitik und Digitalisierung müssen im Mittelpunkt unseres Wahlprogramms stehen. Bei der Betrachtung der politischen Entwicklung in unserer Stadt stand in Inas Diskussionsgrundlage und in der sehr lebhaften Diskussion im Mittelpunkt, dass die CDU Suhl gemeinsam mit der AfD die Annahme der „Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ im Stadtrat verhindert hat, was nur mit Empörung registriert werden kann. Gleichwohl muss weiterhin darum gerungen werden, eine Mehrheit für die Resolution zu finden!

Der Einladung des Suhler Gesprächsforums ALTERNATIV und der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen zu einem Vortrag des Publizisten

Tom Strohschneider (jetzt Mitarbeiter der Fraktion unserer Partei im Landtag Thüringen) unter dem Titel „Linke Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs: Was tun?“ waren zahlreiche Interessierte gefolgt. In der von Ina Leukefeld moderierten Runde (Foto: Autor) demonstrierte Strohschneider an verschiedenen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Problemkreisen, z.B. auch wieder an dem, ob sich die LINKE, wenn es möglich ist, im Bund an einer Koalitionsregierung beteiligen soll, wie wichtig es ist, neue Entwicklungen zu erkennen und zu analysieren. Neue politische Positionen in Gesellschaft und Politik, auch in der jetzigen Koalition, erfordern auch ein neues Herangehen an Fragestellungen. Es gibt in der öffentlichen Debatte bis in die Regierung hinein neue Positionen bzw. Ansätze. Es kommt darauf an, auf allen Politikfeldern um solidarische Lösungen zu ringen.

-E. GRIEBEL-



Das politische Buch

Seit vielen Jahren widmet sich unser Genosse Lothar Günther der Erforschung und Darstellung der Befreiung Thüringens im Frühjahr 1945 durch die US-Army. Geboren in Schleusingen, hat er diese Ereignisse in seinem Heimatort als fast Zehnjähriger selbst erlebt. Obwohl von Haus aus nicht Historiker, sondern gelernter Werkzeugmacher und studierter Technologe für Maschinenbau, hat er sich - nach seiner wendebedingten Frühverrentung - einen Namen als Autor mehrerer Bücher und Artikelserien zum eingangs genannten Themenkreis gemacht.

Sein 2014 erschienenes Buch „Die amerikanische Episode“ hat er gründlich überarbeitet und erweitert, so dass es jetzt in einer 2. Auflage erschienen ist. Den Kämpfen des XII.

Korps der Dritten Armee vom 1. April 1945 bis zum 8. Mai 1945 ist der größte Teil des Buches gewidmet, wobei ein fast 3½-seitiges Ortsverzeichnis es dem Leser ermöglicht, die Befreiung des eigenen Wohnortes nachzuvollziehen. Das Buch verfügt über ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, es ist reich bebildert und mit zahlreichen Karten illustriert. Auch Interessenten für Militärtechnik werden fündig.

Besonders interessant sind neben der Darstellung der Kampfhandlungen die Ausführungen zu den geopolitischen Zielen der Kriegsgegner und über die Lastenverteilung. Vom Kriegseintritt der USA nach dem heimtückischen Überfall Japans auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor (Hawaii) am 7. Dezember

1941 bis zur Eröffnung der 2. Front in Westeuropa mit der Landung der Westalliierten am 6. Juni 1944 waren 908 qualvolle Tage vergangen, in denen die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges trug und 20 Millionen Menschen verlor. Trotz der Landungen der Westalliierten in Nordafrika und Süditalien war die 2. Front ein ganzes Jahr später als ursprünglich versprochen gekommen. Lothar Günther setzt sich in seinem neuen Buch in den Nachbetrachtungen ausführlich und überzeugend mit geschichtsrevisionistischen Bestrebungen auseinander.

Lothar Günther: Die amerikanische Episode. Wehry-Verlag Untermaßfeld, 2. Auflage 2020
ISBN 978-3-9455-3112-9, 29,90 EURO

-E. GRIEBEL-

Aylas Weg



Selten war das Thema Flucht, Asyl und Integration so bewegend nah wie am 20. August im „Erzählcafé“ in der Kulturbaustelle (Foto: E. Griebel). Zu Gast war die 18jährige Ayla A., die mit Ihrer Familie aus Afghanistan geflüchtet ist und hier bei uns in Suhl Aufnahme und Unterstützung gefunden hat. Ihr Bericht über die strapaziöse Flucht, u.a. mit gefährlichen nächtlichen Fußmärschen von Afghanistan über Bergstraßen nach Pakistan, mit Mangel an allem, was der Mensch zum Überleben braucht, lässt uns nur erahnen, wie schwer das war. Aylas Erzählung begann damit, dass es für sie und die Familie in ihrer

Heimat keinerlei Sicherheit für Leib und Leben, geschweige denn eine Zukunftsperspektive gab. Sie musste mit ihren Eltern und Geschwistern fliehen, es blieb ihnen keine andere Wahl. In Afghanistan konnte Ayla nie eine Schule besuchen.

So kam sie hierher, ohne Deutschkenntnisse. Und sie durfte erst Sprachkurse besuchen, als sie das Aufenthaltsrecht erhalten hatte. So kam sie in die 2. Hälfte der 8. Klasse, ohne Kenntnisse in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern. Sie hat eine hervorragende Auffassungsgabe, Talent und einen eisernen Willen, und es gab Unterstützerinnen, auch aus unserer Mitte. Ihre Schilderungen und ihr Dank an Bärbel Schübel und Karin Hornschuch waren sehr bewegend, man kann das kaum beschreiben. Was eine junge Frau, die vor vier Jahren noch nicht einmal wusste, was Chemie und Physik sind, leisten kann, wenn sie den Willen zur Integration entwickelt und dabei die notwendige Hilfe erfährt, ist beeindruckend.

Ayla hat die 10. Klasse erfolgreich abgeschlossen, sie strebt nun das Abitur an und will einmal Medizin studieren. Wir wünschen ihr, ihren Eltern und Geschwistern alles Gute!
– E. GRIEBEL–



Einladung zu „Geschichten aus 30 Jahren“

Es werden diesmal viele Menschen auf dem ROTEN SOFA bei Ina Leukefeld sitzen, das am 23.09. von 19.00 bis 22.00 Uhr in der Kulturbaustelle steht.

Hintergrund ist ein Blick zurück auf 30 Jahre seit der Wieder-Herstellung der Deutschen Einheit. Viel Zeit ist vergangen, vieles ist passiert: Politisch, kulturell, solidarisch und natürlich ganz persönlich. Geschehnisse zum Lachen und Weinen, zum Staunen, zum Verzweifeln, mit Überraschungen, Widerspruch und Selbstbewusstsein.

Die Idee war, interessante kurze Geschichten über diese Lebenszeit und die Veränderungen in 30 Jahren aufzuschreiben.

Es sollte ein buntes Mosaik des Lebens von Menschen und unserem Wirken entstehen, das mehr zeigt als das oft geprägte Bild vom „Jammer-Ossi“. Das sind wir nicht, bei aller Kritik, die wir haben und politisch äußern.

Mit dabei sein werden einige prominente Gäste, darunter auch der Liedermacher Olaf Bessert aus Gotha. Es soll ein schöner Abend werden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Termine September 2020

(Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Situation und der staatlichen Genehmigung)

Di	01.09.	10.00 Uhr	Aktion zum Antikriegstag an der Suhler Friedenseiche
Mo	07.09.	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	09.09.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle. Wer in den Monaten März bis August Geburtstag hatte und teilnehmen möchte, meldet sich bitte bei Brigitte, Hella oder in der Geschäftsstelle an.
Sa	12.09.	10.00 – 13.00 Uhr	„Kleines Sommerfest“ der LINKEN mit Musik und Talk, Dianabrunnen
So	13.09.	ab 10.00 Uhr	Tag der Erinnerung und Mahnung - 75 Jahre Tag der Opfer des Faschismus. Wegen der Corona-Pandemie individuelles Gedenken am Denkmal im Stadtpark
Sa	19.09.		2. Tagung des 7. Landesparteitags in Sömmerda (Gäste können nur nach vorheriger schriftlicher Anmeldung und in begrenzter Anzahl teilnehmen)
So	20.09.	10.00 Uhr	Aktion der AG Sport und Spiel zum Weltkindertag „Kinder haben Rechte“; Platz der Deutschen Einheit
Mo	21.09.	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	22.09.	17.00 Uhr	DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle: „Schlösser und Katen“ Teil 1 und 2, DDR, 1957, s/w, 203 min, FSK 12, RE: Kurt Maetzig, u. a. mit Raimund Schelcher, Karla Runkehl, Erwin Geschonneck, Harry Hindemith (Anfangszeit bitte beachten!)
Mi	23.09.	14.00 Uhr	Seniorencafé, Geschäftsstelle
Mi	23.09.	19.00 Uhr	Geschichten aus 30 Jahren auf dem roten Sofa, Kulturbaustelle
Do	24.09.	19.00 Uhr	Gesprächsforum ALTERNATIV mit Sabine Nuss, Kulturbaustelle
Mo	28.09.	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle

Vorschau Oktober 2020

Do	08.10.	19.00 Uhr	Gesprächsforum ALTERNATIV zum bedingungslosen Grundeinkommen, Kulturbaustelle
Sa	17.10.	09.00 – 12.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung, Hotel Michel

suhrer **gesprächsforum** **alternativ**
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Gesprächsforum alternativ zum Thema „Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiedereinteilung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums“

mit Sabine Nuss, Co-Geschäftsführerin Karl Dietz Verlag, Rosa - Luxemburg - Stiftung

Am 24.9.2020, 19 Uhr in der Kulturbaustelle Suhl, Friedrich- König - Straße 35

Die Geschichte des Wirkens der Treuhand in den östlichen Bundesländern hat gezeigt, dass die damit verbundenen Versprechen „blühender Landschaften“ falsche Versprechen waren. Digitale Konzerne zählen zu den reichsten Unternehmen der Welt. Und das, obwohl sie maximalen Profit aus den Daten der Nutzer des Internets erzielen. Der Kapitalismus betreibt seit seiner Entstehung Raubbau an fossilen Energieträgern und verursacht damit eine das Leben auf der Erde bedrohende Klimakatastrophe.